

Welche Zukunft für Europa?

Plädoyer für ein europäisches Projekt, das den Aufbau einer Wertegemeinschaft priorisiert

Offener Brief der KEK an die Kirchen und Partnerorganisationen in Europa –
Einladung zu Dialog und Konsultation

Zusammenfassung

Vor fünfzehn Jahren sprachen sich in der historischen Charta Oecumenica die in der Konferenz Europäischer Kirchen und im Rat der Europäischen Bischofskonferenzen vertretenen Kirchen einmütig und energisch zugunsten des europäischen Projekts aus. Sie erklärten: „Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen.“ Heute, nicht einmal eine Generation später, wirkt ein solcher Aufruf zu gemeinsamen Werten und zur Einheit in den europäischen Gesellschaften fremd und ist selten zu hören. Der politische und wirtschaftliche Zerfall scheint neuerdings die Norm. Die Bevölkerung in Europa verliert das Vertrauen in das europäische Projekt, das Misstrauen gegenüber Politikern und den Strukturen, in denen sie tätig sind, wächst, und die politischen Inhalte werden nur mehr bestimmt von nationalen Interessen.

Im vorliegenden offenen Brief wendet sich die KEK aufs Neue der grundlegenden Frage der gemeinsamen Werte und ihrer Verwirklichung im Europa der Gegenwart zu. Das Bestehen und Gedeihen der Europäischen Union hat einen zentralen Platz in dieser Diskussion, aber wir werden auch über ihre Grenzen hinausblicken. Der Text befasst sich mit dem allgemeinen Kontext und historischen Hintergrund der europäischen Entwicklung. Er berücksichtigt die Errungenschaften Europas, insbesondere jene, die über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den gemeinsamen Markt hinausgehen, darunter die Unterstützung für Solidaritätsmechanismen, die Freizügigkeit im Rahmen des Schengen-Übereinkommens sowie Erasmus, das Austauschprogramm für Studierende. Gleichzeitig artikuliert der Text Besorgnis angesichts der vielfältigen, miteinander verknüpften Krisen, mit denen Europa aktuell konfrontiert ist. Der Zustrom von Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen, bewaffnete Konflikte und Terroranschläge, Wirtschaftskrisen und wachsender Euroskeptizismus – alle bedrohen das europäische Projekt und die Entwicklung gemeinsamer Werte. Im Sinne einer Antwort arbeitet der vorliegende offene Brief eine theologische Perspektive zu diesen Fragen heraus, reflektiert in diesem Rahmen über Koinonia und Diakonie und ermutigt die Kirchen, einen positiven Beitrag zum Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses zu leisten.

Im Sinne einer Bewertung der aktuellen Herausforderungen Europas im Rahmen der Vorbereitung auf die nächste KEK-Vollversammlung, die 2018 stattfindet, hat der Vorstand der KEK folgendes beschlossen. Er

- richtet diesen offenen Brief zur Situation auf dem Kontinent an die Kirchen in Europa, der seine Vision von Europa im Blick auf die EU skizziert und seine Besorgnis bezüglich der Zukunft dieses historischen europäischen Projekts angesichts der derzeitigen Umstände darlegt.
- bekräftigt sein Verständnis von der EU als Wertegemeinschaft, die Menschenwürde, Frieden, Versöhnung, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit,

Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, Solidarität und Nachhaltigkeit anstrebt.

- ermutigt die KEK-Mitgliedskirchen und alle Christen und Christinnen in Europa, ihre Anstrengungen zu verstärken, damit solche christlichen Werte wie die Achtung anderer Menschen, Solidarität, Diakonie und der Aufbau von Gemeinschaft im öffentlichen Leben stärker sichtbar werden.
- ruft die Kirchen in Europa auf, die Zukunft unseres Kontinents, die Rolle der Europäischen Union und unsere Vision von gemeinsamen Werten eingehend zu diskutieren.
- lädt die Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen der KEK ein, zu diesem offenen Brief Stellung zu nehmen und dabei die konkrete Situation in unterschiedlichen Teilen des Kontinents zu beleuchten, als Mitwirkung an einem partizipatorischen Konsultationsprozess zu der nächsten KEK-Vollversammlung führt.

I. Einführung

„Aufgrund unseres christlichen Glaubens setzen wir uns für ein humanes und soziales Europa ein, in dem die Menschenrechte und Grundwerte des Friedens, der Gerechtigkeit, der Freiheit, der Toleranz, der Partizipation und der Solidarität zur Geltung kommen.“

Charta Oecumenica

Im Jahr 2001 erklärten die Kirchen in Europa mit der Charta Oecumenica einmütig und energisch ihre Unterstützung für einen Prozess mit dem Ziel, Europa enger zusammenzuführen. In demselben Dokument stellten sie fest: „Ohne gemeinsame Werte ist die Einheit dauerhaft nicht zu erreichen.“¹ Heute, 15 Jahre später, sehen wir uns mit einer Situation konfrontiert, in der politische Parteien und Gruppierungen sich immer lauter gegen eine weitere politische und wirtschaftliche Integration auf unserem Kontinent aussprechen. Der Standpunkt, der vor 15 Jahren logisch erschien, wirkt heute weniger selbstverständlich. Stattdessen mehren sich die Stimmen, die nicht mehr an ein geeintes Europa glauben, den politischen Eliten misstrauen und die Politik renationalisieren wollen.

Im vorliegenden Dokument unternimmt die KEK den Versuch, die jüngsten Entwicklungen in Europa im Blick auf die Frage hin zu untersuchen, wie sie sich auf die gemeinsam vertretenen Grundwerte auswirken. Dabei gilt ein Hauptaugenmerk der Europäischen Union und den tiefgreifenden Herausforderungen, vor denen sie aktuell steht. Gleichzeitig kann die Entwicklung in der EU natürlich nicht isoliert betrachtet werden. Das umfassendere Bild des gesamten Europa, also sowohl der EU als auch der Länder, die ihr nicht angehören, muss berücksichtigt werden. Die Zersplitterung Europas stellt den Kontinent vor eine zunehmend ernste Herausforderung.

In diesem historischen Augenblick steht die Europäische Union, die den größten Teil des Kontinents umfasst und verantwortlich ist für Entwicklungen, die erhebliche Auswirkungen auf andere Teile des Kontinents haben, am Scheideweg. Wir müssen uns miteinander dafür einsetzen, dass Hoffnung wächst, und konstruktive Lösungen für

¹ „CHARTA OECUMENICA. Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa“, von KEK und CCEE 2001 in Straßburg gemeinsam herausgegebenes Dokument, <http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2015/07/ChartaOecumenicaDE.pdf>

unsere gemeinsamen Probleme entwickeln. Mit dem vorliegenden offenen Brief rufen wir dazu auf, an diesem Prozess mitzuwirken und eine neue Vision für Europa zu entwerfen – als ein gemeinsames Haus für uns alle, das auf der Vergangenheit aufbaut und mit neuer Hoffnung in die Zukunft blickt.

II. **Der Kontext**

Die Achtung der Menschenwürde, Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Toleranz, Partizipation und Solidarität können auch in Zeiten des Wandels gewahrt werden.

Die Probleme, die in einer zunehmend globalisierten und interdependenten Welt entstehen, können nur mithilfe wirksamer globaler und internationaler Ansätze bewältigt werden. Klimawandel und Umweltverschmutzung beispielsweise machen nicht an Staatsgrenzen halt. Internationale Kriminalität und internationaler Terrorismus machen internationale Maßnahmen erforderlich. Weltweite wirtschaftliche Probleme erfordern weltweit abgestimmte Lösungen. Es ist offensichtlich, dass Einzelstaaten ihre Probleme, wenn sie alleine handeln, weniger wirksam bewältigen, als wenn sie sich mit anderen Staaten abstimmen. Sie brauchen Partnerschaften und Netzwerke, um sich mehr Gehör zu verschaffen und wirksamer Einfluss nehmen zu können.

Immer mehr Menschen teilen nicht mehr die Meinung, dass globale Probleme am besten mit globalen Lösungsansätzen zu bewältigen sind. Sie betonen, dass nur kleine Gruppen Vorteile aus der Globalisierung ziehen und die Mehrheit der Bevölkerung die Last der negativen Folgen dieses Prozesses zu tragen hat. Nahezu in allen Teilen der Welt geht die Globalisierung einher mit zunehmender Ungleichheit und schwindenden Perspektiven für Mittel- und untere Schichten. Darüber hinaus fühlen sich viele Menschen weltweit wirkenden Kräften ausgesetzt, die sie nicht steuern können und die ihre Identität bedrohen. Dementsprechend überrascht es nicht, dass das Ideal staatlicher Souveränität großen Reiz hat, ja neue Attraktivität gewinnt. Viele sind der Globalisierung gegenüber misstrauisch und betrachten inzwischen jene, die sich für wirtschaftliche und politische Integration einsetzen, als realitätsferne Eliten, die ihren eigenen Vorteil suchen und die Bedürfnisse der Menschen missachten. Als Folge wird zunehmend mehr Wert gelegt auf nationale Identität, Souveränität und die Renationalisierung der Politik. Eine Schlüsselfrage ist dabei, wie die offensichtliche Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit und gemeinsamer politischer Arbeit in Einklang zu bringen ist mit dem legitimen Wunsch vieler Menschen, die Politik, insbesondere, soweit sie sich auf ihren Alltag auswirkt, selbst zu kontrollieren und zu bestimmen.

Natürlich bestehen auch innerhalb der Kirchen und unter Christen und Christinnen unterschiedliche Meinungen zu konkreten politischen Fragen und dazu, wie wir uns in Europa organisieren sollten. Auch bei größeren Fragen, etwa, ob ein Land in der Europäischen Union bleiben oder aus ihr austreten sollte, stehen Christinnen und Christen auf beiden Seiten. Solche Meinungsunterschiede sind völlig legitim.

Für die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) lautet die entscheidende Frage, wie sicherzustellen ist, dass die Grundwerte, die den politischen Prozessen auf unserem Kontinent die Richtung weisen sollten – die Achtung der Menschenwürde, Frieden, Gerechtigkeit, Freiheit, Toleranz, Partizipation, Solidarität und Nachhaltigkeit – in Zeiten des Wandels gewahrt werden können. Die KEK vertritt die Position, dass hinsichtlich

dieser Grundwerte keine Kompromisse gemacht werden dürfen. Selbst wenn die politischen Haltungen sich unterscheiden, basiert die Einheit in Europa doch auf diesen Werten.

III. **Historische Grundlegung**

Um eine bessere Lösung beten, sie erträumen und verkünden, dass sie möglich sind.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unser Kontinent von vielfältigen Krisen geschüttelt. Weithin herrschte Nahrungsmittelknappheit, Ströme von Entwurzelten – nicht nur Kriegsgefangene und die Überlebenden der Konzentrationslager – versuchten, zurück nach Hause zu gelangen, ihre Angehörigen wiederzufinden, oder waren auf der Suche nach einer neuen Heimat, da es das Zuhause, wo sie vor dem Krieg gelebt hatten, nicht mehr gab. In den meisten Metropolen Europas war ein umfassender und teurer Wiederaufbau erforderlich. Nahezu alle Volkswirtschaften benötigten Finanzhilfen. Allein Deutschland wurde die Hälfte aller Staatsschulden erlassen. Kurz nach dem Krieg sah sich der Kontinent bereits wieder entlang einer ideologischen Grenze zwischen Ost und West gespalten und es entwickelte sich ein Kalter Krieg.

In dieser konflikträchtigen Atmosphäre fand sich Mitte des 20. Jahrhunderts eine kleine, internationale Gruppe gläubiger christlicher Staatsmänner zusammen, die den Mut hatten, um eine bessere Lösung zu beten, sie zu erträumen und zu verkünden, dass sie möglich ist – eine Lösung, damit die vielfältigen Völker Europas miteinander in Frieden zusammenleben und gedeihen konnten. Diese Hoffnung war nur zu verwirklichen, sofern Völker und Staaten bereit waren, sich auf die gemeinsamen Werte zu verpflichten, die aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas erwachsen, auf Werte, die gleichzeitig auch im Zentrum des Evangeliums stehen. Liebe deine Feinde, vergib anderen, wie auch dir vergeben wird, sei solidarisch mit den Armen und Unterdrückten und teile, was du hast, mit deinen Nächsten. Das ist das Erbe, an dem wir uns bei unseren fortgesetzten Anstrengungen für Versöhnung und Solidarität in Europa heute orientieren.

Als nun der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 seine berühmte Erklärung zur europäischen Zusammenarbeit abgab, stieß diese auf positive Resonanz seitens des deutschen Kanzlers Konrad Adenauer, des italienischen Premierministers Alcide de Gasperi, des belgischen Außenministers Paul Henri Spaak und vieler anderer. Im Zentrum standen eine Botschaft der Vergebung im Namen Frankreichs und ein Versöhnungsangebot an Deutschland. Gefasst war diese Absicht in Form einer neuen multinationalen Struktur, die sich der europäischen Angelegenheiten annehmen und in der die beiden einander lange Zeit feindlich gegenüberstehenden Staaten vereint sein sollten als gleichberechtigte Partner. Dieses frühe Modell erinnert uns bis heute an die Macht des Dialogs zur Beilegung von Spannungen.

1951 wurde die Montanunion gegründet, unter deren Aufsicht nun die Kohle- und Stahlindustrie der einstigen Feinde vereint war, was eine heimliche Aufrüstung unmöglich machte. Diese ursprüngliche Struktur entwickelte sich zunächst zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1957), später dann zur Europäischen Union (1993). Es gelang ihr, sich von den ursprünglichen sechs Gründungsmitgliedern auf weitere

Mitgliedsstaaten zu erweitern.² Die zunächst nur auf sechs Mitglieder ausgelegten Institutionen und Strukturen wurden mithilfe einer Überarbeitung der Verträge – Verträge von Rom (1957), Maastricht (1993) und Lissabon (2007) – mehrfach angepasst. Diese Überarbeitungen dienten dazu, Streitigkeiten zwischen Staaten am Verhandlungstisch anstatt auf dem Schlachtfeld beizulegen und die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte überall auf dem Kontinent fest zu verankern. Dieser Prozess vollzog sich vor dem Hintergrund der Wechselbeziehung von EU und Europarat, der unter anderem die Fundierung von Aktivitäten der EU in verschiedenen Bereichen gewährleistet. Weiterhin bietet der Europarat eine Plattform für die Zusammenarbeit und den Austausch in einem sehr viel größeren geographischen Raum und ein Bild von einem sehr viel weiter gefassten Europa, als es die EU ist. Die Zusammenarbeit mit dem Europarat und seinem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg ist für die EU unverzichtbar.

IV. Errungenschaften

Das Projekt Europa in seinen unterschiedlichen Ausprägungen steht beispielhaft dafür, was mit Versöhnung, Stabilität und Wohlstand erreicht werden kann.

Die Menschen in Europa haben in ihrer Geschichte verheerende Erfahrungen mit Ideologien gemacht, die behaupteten, klar definierte kulturelle, ethnische und religiöse bzw. pseudo-religiöse Maßstäbe aufzustellen, die für alle gültig seien. Die seit dem Zweiten Weltkrieg – und erstmals seit dem Mittelalter – erreichte Einigung des Großteils unseres Kontinents in Frieden und Freiheit ist daher eine bedeutende historische Errungenschaft. Auch im Bereich der Menschenrechte sind Fortschritte zu verzeichnen. Die Europäische Menschenrechtskonvention, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die Europäische Sozialcharta, die Charta der Grundrechte der EU, sie alle sind Meilensteine für Europa. Das Projekt Europa in seinen unterschiedlichen Ausprägungen steht beispielhaft dafür, was mit Versöhnung, Stabilität und Wohlstand erreicht werden kann.

Die Europäische Union war, mit ihrem Wertefundament und mit dem Rahmen, den sie für Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln bietet, ein wesentlicher Faktor für die Überwindung der undemokratischen und totalitären politischen Regimes, die den Osten und Süden des Kontinents einen Großteil des 20. Jahrhunderts beherrschten. Weiterhin war sie ein wesentlicher Faktor für die Integration der Länder aus diesen Teilen Europas in das neue, von Zusammenarbeit und Austausch geprägte Modell.

Auf ihrem eigenen Gebiet fördert die EU von jeher die Solidarität zwischen reichen und armen Regionen durch ihre Kohäsionspolitik und die dazugehörigen Fonds (etwa den Europäischen Sozialfonds). Eine Reihe von Finanzinstrumenten trägt zur Entwicklung der am stärksten benachteiligten und ärmsten Regionen bei. Die Solidarität zwischen städtischen und ländlichen Gebieten wird durch die Gemeinsame Agrarpolitik gefördert,

² Hier sei eingeräumt, dass andere europäische Länder der Gemeinschaft nicht immer aus den gleichen Gründen beitraten wie die ursprünglichen sechs Mitglieder. Bei späteren Beitrittsrunden spielten wirtschaftliche Gründe eine zunehmend vorrangige Rolle. Eine Vertiefung der Argumentation bietet u. a. das Dokument „European Integration – A way forward?“, Kommission Kirche und Gesellschaft (CSC) der KEK, 2009, http://www.ceceurope.org/wp-content/uploads/2015/07/europe_integration.pdf. [Anm. d. Übers.: Das insgesamt englischsprachige Dokument mit einer „Kurzfassung“ in deutscher Sprache.]

unabhängig davon, wie verbesserungsbedürftig sie sein mag. Der soziale *Acquis* der EU, etwa in den Bereichen Gleichstellung von Frauen und Männern, Arbeitsschutz sowie soziale Absicherung von Arbeitnehmern/innen, die in einem anderen EU-Land arbeiten, ist beträchtlich.

Partnerschaften von Städten und Ortschaften quer durch die EU und Austauschprogramme für Studierende, wie Erasmus, sowie die Freizügigkeit im Schengen-Raum gehören zu jenen Errungenschaften der EU, die besonders wertgeschätzt werden. Am Erasmus-Programm nehmen Universitäten aus den 28 EU-Mitgliedsstaaten, aus Island, Norwegen und Liechtenstein sowie aus den Beitrittskandidaten ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Türkei teil. Seit seinem Start im Jahr 1987 hat das Programm über 3 Millionen Studierende unterstützt. Dem Schengener Übereinkommen gehören die EU-Mitglieder (mit Ausnahme von Bulgarien, Kroatien, Irland, Rumänien, dem Vereinigten Königreich und Zypern) sowie die Nicht-EU-Staaten Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein an. Derartige Projekte bringen die Menschen in den teilnehmenden Ländern einander näher, fördern das gegenseitige Verständnis und geben der europäischen Zusammenarbeit an der Basis einen Sinn.

Die EU verwaltet den größten Haushalt für humanitäre Hilfe (ECHO) weltweit, zudem sind die EU und ihre Mitgliedsstaaten auch wichtige Akteure im Bereich Entwicklungszusammenarbeit (insbesondere auf der Grundlage ihrer Entwicklungsbudgets und des Europäischen Entwicklungsfonds). Im Blick auf Klimawandel und Umweltschutz hat die EU ebenfalls eine Führungsrolle inne. Nicht zuletzt hat sie auch mehrere friedenserhaltende Einsätze in verschiedenen Weltregionen geleitet.

Generell bietet die EU den institutionellen Rahmen, um Probleme, die für die Bevölkerung von Bedeutung sind, aber von den Mitgliedsstaaten nur schwierig allein gelöst werden können, in Angriff zu nehmen. Meist geschieht dies in dem Bewusstsein dafür, dass gemeinsam mehr erreicht werden kann, als dies einzelnen Ländern möglich wäre, die für sich allein handeln. Durch einen regelmäßigen, transparenten Dialog mit diesen Institutionen engagieren wir uns dafür, dass die Herausforderungen, vor denen Europa steht, demokratisch und offen bewältigt werden.

V. Europa am Scheideweg - Europa neu denken, Kernwerte stärken

Europa steht an einem historischen Scheideweg. Auf dem Spiel steht nicht weniger als die Zukunft der Entwicklung einer gemeinsamen EU-Politik auf der Grundlage von Interdependenz und versöhnter Verschiedenheit.

Durch die Schaffung der Europäischen Union als supranationaler Struktur wollten ihre Begründer Europa aus der Falle des Nationalismus befreien, der den Kontinent binnen eines halben Jahrhunderts zweimal in verheerende Kriege gestürzt hatte. Die europäische Integration in Form der Europäischen Union war ein visionäres Unterfangen, das über die Versöhnung der Staaten hinaus die Einigung der Völker Europas auf der Grundlage der Idee einer „Wertegemeinschaft“ anstrebte. Im Jahr 1990 rief gar der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Delors, die Kirchen und Religionen dazu auf, einen aktiven Beitrag zu „Herz und Seele Europas“ zu leisten. Jüngere Dokumente, wie die Charta der Grundrechte (verabschiedet im Jahr 2000) und

der Vertrag von Lissabon (2009), bekräftigten erneut die gemeinsamen Werte, auf denen die EU aufbaut.

In letzter Zeit jedoch bekennen sich führende politische Persönlichkeiten der EU und viele Bürgerinnen und Bürger nicht mehr zu den Werten, auf denen die EU fußt, ja sie widersprechen ihnen gar. Vielen Menschen gilt die Europäische Union inzwischen als mechanistische, technokratische Institution, als bürokratisches Projekt, den täglichen Anliegen der Bevölkerung weit entrückt. Sie erscheint undurchschaubar, schwerfällig, teuer. Die Unterstützung für die EU in der Bevölkerung nimmt rasant ab. Verschärft wird diese Entwicklung, wo – wie mehrfach geschehen – politisch Verantwortliche in den Nationalstaaten die Institutionen der EU verantwortlich machen für alles, was falsch läuft, gleichzeitig aber den Zusammenhang zwischen guten Entwicklungen und der EU nicht herstellen. Wo in der EU heute eine gemeinsame Politik gemacht wird, scheint dies weniger auf der Grundlage einer gemeinsamen Vision zu geschehen, sondern eher auf einer schlichten Kosten-Nutzen-Analyse der einzelnen Mitgliedsstaaten zu beruhen.

Viele der Werte, die als Faktoren der Gestaltung Europas in den vergangenen sechs Jahrzehnten gelten, z. B. Solidarität mit den Schwachen und Achtung der Menschenrechte, scheinen sich unter dem Druck vielfacher Krisen zu verflüchtigen. Die Kirchen in Europa müssen sich für die Wahrung dieser Werte als unverzichtbare Grundlage von Gerechtigkeit und Frieden auf unserem Kontinent einsetzen.

Europa steht an einem historischen Scheideweg. Auf dem Spiel steht nicht weniger als die Zukunft der Entwicklung einer gemeinsamen EU-Politik auf der Grundlage von Interdependenz und versöhnter Verschiedenheit. Dieser Gedanke hat im Lauf der Jahre seinen Beitrag geleistet zu einem im Großen und Ganzen friedlichen Europa, das auf eine zunehmende wirtschaftliche Integration und soziale Gerechtigkeit hinarbeitet.

Angesichts einer solchen Situation müssen wir Europa als Ganzes und insbesondere die EU neu denken, die Kernwerte des historischen Projekts bekräftigen und sie vor dem Hintergrund der Entwicklungen der vergangenen sechzig Jahre überprüfen. Welche Werte sollten den Kern der europäischen Identität ausmachen? Wie gehen wir um mit dem Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach Souveränität und Homogenität einerseits und nach europäischer Zusammenarbeit und kultureller Vielfalt andererseits? Was heißt das für die Zukunft der Europäischen Union und des Kontinents insgesamt? Welches Europa, welche Europäische Union braucht es, um den gemeinsamen Werten gerecht zu werden, die die Kirchen in der Charta Oecumenica herausgearbeitet haben?

VI. Vielfältige, miteinander verflochtene Krisen

Europa im Allgemeinen und die Europäische Union im Besonderen sind mit vielfältigen Krisen konfrontiert. Manche sind globaler (z. B. der wirtschaftliche Abschwung) und geopolitischer Art (etwa die Kriege in Syrien und im Irak sowie der „eingefrorene“ Konflikt in der Ostukraine). Andere Krisen erwachsen aus Problemen, die einen direkteren Zusammenhang haben mit der EU-Politik (z. B. die Eurokrise) und damit, dass die EU keine wirksame gemeinsame Lösung hat angesichts der vielen Flüchtlinge, die in der EU Zuflucht suchen. Diese parallel auftretenden Krisen haben dramatische Auswirkungen auf

den Kontinent. Erstmals seit Jahrzehnten stehen einige grundlegende Errungenschaften und Prinzipien der EU in Frage. Anstatt sich den Herausforderungen zu stellen, geht die EU angesichts der Last in die Knie. Mit dem wachsenden Gefühl, in der Krise zu sein, dem zunehmenden Misstrauen und der Unfähigkeit der EU, wirksam zu reagieren, greift in den Nationalstaaten die Tendenz um sich, unilateral zu handeln.

Bewaffnete Konflikte und Terroranschläge

Die erste Krise, vor der Europa steht, sind die geopolitischen bewaffneten Konflikte, u. a. in Syrien und im Irak sowie in der Ukraine. In der Europäischen Union haben sie wachsende Flüchtlingszahlen sowie jüngst überall auf dem Kontinent Terroranschläge zur Folge. Es wäre zu erwarten, dass die Europäische Union als Reaktion versuchen würde, bei der Beendigung oder gar Verhinderung dieser Konflikte Führungsverantwortung zu übernehmen. Dies wäre möglich durch fortgesetzte und intensiviertere diplomatische Initiativen und durch die Verhinderung einer weiteren Anheizung der Konflikte mit Waffenexporten. Stattdessen nimmt die EU eine eher passive Haltung ein. Im Zusammenhang mit dem Konflikt in der Ukraine war die EU aktiver, hat es aber nicht geschafft, die Probleme zu entschärfen, die zu Spannungen zwischen ihr und Russland geführt haben. Die Situation macht die Schwäche der EU deutlich, was die Entwicklung einer einheitlichen gemeinsamen Außenpolitik (durch den Europäischen Auswärtigen Dienst) angeht.

Neben der Gewalt durch Kriege wurde Europa jüngst auch durch die Gewalt mehrerer Terroranschläge in Spanien, dem Vereinigten Königreich, in Frankreich und Belgien getroffen. Wahrscheinlich wird es nie möglich sein, dem Terrorismus endgültig ein Ende zu setzen, aber zweifellos ist die wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendiensten und Polizeikräften im Zeitalter der Globalisierung Vorbedingung für die Bekämpfung des Terrorismus. Offensichtlich stellen diese Entwicklungen die EU als Organisation, zu deren Grundwerten die Friedensstiftung gehört, vortiefgreifenden Herausforderungen.

Migration

Die aktuell größte Herausforderung für die EU ist der Umgang mit der hohen Zahl an Flüchtlingen, die mehrheitlich in den Ländern Südeuropas ankommen, die die seit 2008 bestehende Wirtschaftskrise am schwersten getroffen hat. Hauptsächlich, aber nicht ausschließliche Ursache sind bewaffnete Konflikte vor der europäischen Haustür. Eine gemeinsame Antwort auf diese Herausforderung zu finden, scheint sehr schwierig zu sein. Die Mitgliedsstaaten sind völkerrechtlich verpflichtet, jeden auf EU-Gebiet gestellten Asylantrag zu prüfen. Anstatt diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen und in das Gemeinsame Europäische Asylsystem zu investieren, weisen sich die EU-Mitgliedsstaaten gegenseitig die Schuld zu, angeblich Anreize für Flüchtlinge zu schaffen, so etwa im Fall Italiens und der Such- und Rettungsoperation „Mare Nostrum“ oder im Zusammenhang mit dem Willkommen, das die deutsche Kanzlerin Angela Merkel allen Flüchtlingen aussprach. Die Vorschläge der Europäischen Kommission, wie gemeinsam Verantwortung zu tragen und Fragen der Aufnahme von Flüchtlingen zu klären sein könnten, hätten zweifellos Verhandlungen erforderlich gemacht, wurden aber von einer erheblichen Anzahl Mitglieder von vornherein abgelehnt. Zur Eindämmung der Zahl der Eintreffenden

kam es im März 2016 zu einer Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei, auf deren Grundlage alle neu aus der Türkei auf den griechischen Inseln eintreffenden irregulären Migrantinnen und Migranten in die Türkei zurückgebracht werden. Für jeden so in die Türkei zurückgeführten syrischen Flüchtling wird ein anderer von der Türkei in die EU umgesiedelt. Vereinte Nationen, internationale und nationale nichtstaatliche Organisationen sowie Kirchen haben diese Vereinbarung als unvereinbar mit dem Völkerrecht energisch kritisiert.

Die Kirchen setzen sich für sichere Wege nach Europa ein – einschließlich einer verstärkten Umsiedlung von Flüchtlingen aus Erstasylstaaten wie dem Libanon, Jordanien und der Türkei, sowie einer großzügigeren Familienzusammenführung, Erteilung von Visa aus humanitären Gründen oder Aufhebung der Visumpflicht. In Kombination mit legalen Möglichkeiten der Arbeitsmigration könnte so der Blutzoll an den Außengrenzen der EU drastisch reduziert und ein Beitrag zu einer geordneteren Migration geleistet werden. Bereits 2014 haben christliche Organisationen detaillierte Vorschläge ökumenisch erarbeitet.³

Die Europäische Kommission hat zwar eine Änderung der Dublin-Verordnung vorgeschlagen, aber in vielen Mitgliedsstaaten scheint keine Bereitschaft vorhanden zu sein, das der Verordnung zugrundeliegende Prinzip zu verändern, wonach Asylanträge immer in dem Land zu stellen sind, wo der Flüchtling ursprünglich in die EU eingereist ist. Dies belastet sehr stark die südlichen Mitgliedsstaaten am Mittelmeer, die erster Ankunftsort sind für die Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten.

Das Völkerrecht verpflichtet Europa zum Schutz von Menschen in Not und gesteht daher jedem in Europa ankommenden Menschen die Möglichkeit zu, Asyl zu beantragen. Dennoch könnten scharfe Abschreckungsmaßnahmen, wie sie manche Länder eingeführt haben, womöglich die Norm werden. In der europäischen Politik prallen unterschiedliche Werte aufeinander. Einerseits geht es um die moralische und rechtliche Pflicht, Menschen in Not Schutz zu bieten, andererseits um die politische Aufgabe, die Zuwanderung zu ordnen und ein geordnetes Verfahren auf dem Weg zur und in der EU zu gewährleisten. Angesichts der derzeit zunehmenden Ablehnung von Immigrierenden steht zu befürchten, dass dieser Konflikt sich in naher Zukunft noch verschärfen wird.

Die Versuche, gemeinsame Ansätze zu entwickeln, haben erbitterte Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen den und innerhalb der EU-Staaten zur Folge. Das Schengener Übereinkommen, das im Großteil der EU und in weiteren beteiligten Ländern Reisefreiheit ohne Pass ermöglicht und eine der sichtbarsten Folgen der europäischen Einheit darstellt, steht aktuell unter Druck. Manche Mitgliedsstaaten haben bereits unilateral wieder Grenzkontrollen eingeführt. Ungeachtet seiner großen menschlichen, wirtschaftlichen wie auch symbolischen Bedeutung steht die Zukunft des Übereinkommens heute infrage. Dies wird zwar dem fortdauernden Eintreffen von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten aus dem Nahen Osten und Nordafrika zugeschrieben, erkennbar wird jedoch auch ein erhebliches Maß an Misstrauen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Wollen die Verantwortlichen in der EU Schengen retten,

³ Die Empfehlungen sind (in englischer Sprache) zugänglich unter:
http://www.ccme.be/fileadmin/filer/ccme/20_Areas_of_Work/01_Refugee_Protection/2014-11-20-Christian_Group_Recomm_for_safe_legal_paths_to_protection_final.pdf

müssen sie ein Maß an Einheit und politischem Willen zeigen, wie es bisher nicht vorhanden ist. Sie müssten sich auf ein gemeinsames Vorgehen einigen, das Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten fördern und einander unterstützen.

Die aktuelle Situation bedarf dringendst einer Lösung. Opfer von Gewalt und Terror an Grenzzäunen mit Waffengewalt abzuwehren oder im Mittelmeer ertrinken zu lassen, beschädigt die Seele Europas. Die Solidarität mit Geflüchteten ist eine Konsequenz aus dem christlichen Glauben, der sich dem Auftrag verpflichtet weiß, für eine gerechte und barmherzige Gesellschaft einzutreten.⁴ Aus diesem Grund ist die derzeitige Bedrängnis der Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten für die KEK Anlass zu tiefer Besorgnis.

Wirtschaftliche Entwicklung und Eurokrise

Die dritte im Katalog der derzeitigen Nöte Europas zu nennende Krise ist die durch den Bankenkollaps, der 2008 in den USA seinen Anfang nahm, ausgelöste Rezession. Als Ergebnis verharren große Teile der EU in einer Beinahe-Depression, die mit hoher Arbeitslosigkeit sowie instabilen öffentlichen Finanzen einhergeht und harte Sparmaßnahmen nach sich zieht, die besonders arme Menschen treffen.

Zudem ist die EU mit einer Währungskrise konfrontiert, die mittlerweile schon über sieben Jahre andauert. An der Bereitschaft, extrem hoch zu pokern, wie sie im Verlauf des Jahres 2015 die Verhandlungen mit Griechenland prägte, wird die Volatilität der Eurozone deutlich. Statt die ihr zugehörigen Länder zu einen, verursacht der Euro Spannungen zwischen ihnen, für die eine dauerhafte Lösung bisher nicht in Sicht ist. Im Gegenteil, durch die Entscheidung Griechenlands, ein weiteres Sparpaket zu akzeptieren, wirkt die Eurozone auf mögliche zukünftige Mitglieder zunehmend wie eine Falle anstatt eine vielversprechende Perspektive. Griechenland steht vor einem ernsthaften Dilemma: Zeigt die Situation im Land, dass es „keine Alternative“ zur Einhaltung der Regeln einer Währungsunion gibt, bedeutet das, dass die demokratischen Entscheidungsmöglichkeiten der Wähler eingeschränkt sind. Das verheißt nichts Gutes und ist keine tragfähige Situation. Die Eurozone kann nicht auf Dauer als halbfertiges Projekt – als Währungs- ohne Wirtschaftsunion – bestehen. Entsprechend besteht das reale Risiko der Wiederkehr einer Eurokrise in nicht allzu ferner Zukunft. Dies würde wiederum das Spannungsverhältnis zwischen der demokratischen Souveränität einerseits und einer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik andererseits verschärfen. Es würde zudem aufs Neue das Prinzip der Solidarität zwischen Staaten und Menschen in der EU in Frage stellen.

Euroskeptizismus

In verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten nimmt der Euroskeptizismus zu. In manchen Ländern hat dies politische Parteien und Gruppierungen auf den Plan gerufen, die einen Austritt ihres Landes aus der EU fordern. Eine Reihe von EU-Mitgliedern (z. B. Griechenland, die Niederlande und Ungarn) haben bereits den Weg über Volksabstimmungen gewählt, um ihre Bevölkerung zu EU-Themen zu befragen. Das

⁴ Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Lage Europas, Brüssel, 23. April 2016, http://www.ekd.de/download/Erklaerung_des_Rates_deutsch.pdf

folgenreichste Referendum hat die Regierung des Vereinigten Königreichs angesetzt. Am 23. Juni 2016 soll es entscheiden, ob das Land in der EU bleibt oder sie verlässt.

Ein Schlüsselbegriff der entsprechenden Debatten ist „Souveränität“. Wer für einen Austritt des eigenen Landes aus der EU plädiert, argumentiert, es gehe darum, die nationale Souveränität wiederzugewinnen. Diejenigen, die in der EU bleiben wollen, vertreten den Standpunkt, mehr Souveränität bedeute weniger Einfluss in europäischen und globalen Fragen. Justin Welby, der Erzbischof von Canterbury, hat in diesem Zusammenhang zu einer eingehenden öffentlichen Debatte aufgerufen, in der der christliche Glaube eine Rolle spielen sollte:

Wie können wir Konzepte wie Souveränität und Subsidiarität – Ideale, die aus dem christlichen Glauben erwachsen und deren politische Dimension ihre Bedeutung nur bedingt erfasst – mit neuem Leben erfüllen und zu einem eindeutig wertegestützten Ansatz für die zukünftige Beziehung Großbritanniens zur EU ermutigen, zu einem Ansatz, der ökonomische und politische Perspektiven umfasst, aber nicht bei ihnen stehenbleibt? Wir werden versuchen, [...] einen hilfreichen Beitrag zu dieser Debatte zu leisten.⁵

Das Dilemma Souveränität contra Interdependenz wird mit großer Wahrscheinlichkeit in der EU noch länger Diskussthema bleiben. Setzt ein Land den vorrangigen Schwerpunkt auf die Souveränität und beschließt den Austritt, kann dies zweifellos eine noch tiefere Krise der EU auslösen.

Demokratiedefizit

In mehreren EU-Staaten wächst aktuell die Kluft zwischen den Positionen der politischen Elite, die eine (weitere) europäische Integration mehrheitlich befürwortet, und der Sicht einer größer werdenden Zahl von Gruppen in der Gesellschaft, die das Vertrauen in diese Elite verloren haben. Ihre Mitglieder werden als technokratische Eurokraten wahrgenommen, die keinen Bezug mehr haben zu der Lebenswirklichkeit der Mehrheit der Menschen in Europa und denen die Ideale, die die Begründer des europäischen Projekts motivierten, fremd geworden sind.

Diese Kluft zwischen Bevölkerung und Establishment ist nicht auf die EU und ihre Institutionen allein begrenzt. Sie existiert auch auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten und selbst außerhalb Europas. In vielen EU-Staaten entstehen politische Gruppierungen, die die Legitimierung der regierenden Elite infrage stellen – sowohl im eigenen Land als auch, noch verstärkt, auf der Ebene der EU. Die EU ist dabei, ihre Anziehungskraft zu verlieren. Erhebliche Teile der Bevölkerung nehmen die EU als ferne Macht wahr, auf die kein Einfluss genommen werden kann und die von ihrer eigenen Dynamik bestimmt ist. Mehr noch, der Eindruck ist verbreitet, dass die EU die Souveränität der einzelnen Mitglieder verletzt und die Macht der Wählerinnen und Wähler untergräbt. Beigetragen haben zu dieser Entfremdung zwischen den europäischen Institutionen und der Bevölkerung jene politisch Verantwortlichen, die im

⁵ „Reimagining Europe“, gemeinsame Initiative der Kirche von England und der Kirche von Schottland, <http://www.reimaginingeurope.co.uk/learning-to-disagree-well-on-europe/>

Lauf der Zeit der EU die Schuld für viele Probleme gegeben haben, für die sie nicht verantwortlich war.

Schon seit einigen Jahren ist diese zunehmende Entfremdung von Bevölkerung und EU-Institutionen zu beobachten. Sie ist einer der Gründe, warum der Vertrag von Lissabon (2007) dem Europäischen Parlament eine größere Rolle in der Entscheidungsfindung innerhalb der EU zugewiesen hat. Damit sollte die Identifikation der europäischen Wählerinnen und Wähler mit der EU gefördert werden. Gleichzeitig wurde auch die Rolle des Europäischen Rates deutlich gestärkt, wodurch die Staats- und Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsstaaten ein größeres Mitspracherecht in EU-Angelegenheiten erhalten haben. Mit diesen Anstrengungen wird anerkannt, dass die Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene in engem Zusammenhang steht mit der Subsidiarität. Der berechtigte Wunsch nach Subsidiarität muss in Einklang gebracht werden mit der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von souveränen Staaten. Dies wird bei der Bevölkerung die Identifikation mit der EU stärken. Die Zusammenarbeit auf der europäischen Ebene sollte begrenzt sein auf diejenigen Themen und Arbeitsbereiche, wo sie für die Förderung des Gemeinwohls unerlässlich ist.

Allerdings haben die im Vertrag von Lissabon vorgenommenen Veränderungen nicht das gewünschte Ergebnis gebracht und das Vertrauen der Bürger in die EU gestärkt. Vielmehr ist die EU, einst ein visionäres Projekt, heute zunehmend von Zweifeln und Enttäuschung geplagt. Das wahrgenommene Demokratiedefizit, gepaart mit den wirtschaftlichen Problemen, schafft eine Situation, in der immer mehr Menschen die Legitimität der EU und ihrer Institutionen infrage stellen.

VII. **Verliert die EU ihre Anziehungskraft?**

„Wo keine Offenbarung⁶ ist, wird das Volk wild und wüst...“ (Sprüche 29,18)

Die aktuelle Vielzahl an Herausforderungen, mit denen die EU konfrontiert ist, führt zu einer Situation, in der ihre grundlegenden Errungenschaften und Prinzipien in Gefahr geraten – die gemeinsame Währung, offene Binnengrenzen, Sozialfürsorge für EU-Bürger, die außerhalb ihres Heimatlandes leben, die EU als Friedensprojekt. Es entsteht der Eindruck einer EU, die geprägt ist von Spaltungen, Machtkämpfen, und der Unfähigkeit, wirksam gegen gemeinsame Probleme vorzugehen. Die EU wird von vielen nicht als Teil der Lösung, sondern als Teil des Problems gesehen. Nie zuvor in ihrer Geschichte waren die Spannungen und Konflikte so schwerwiegend. Dass die EU gänzlich zerfällt, bleibt unwahrscheinlich, aber eine teilweise Auflösung und ein relativer Bedeutungsverlust scheinen aktuell sehr wohl denkbar.

Mit einer gewissen Distanz betrachtet werden die vielfältigen Krisen als Teil eines größeren Ganzen erkennbar. Schafft man z. B. eine Währungsunion ohne gemeinsame Wirtschaftsinstitutionen, eine gemeinsame Finanzpolitik und ein einheitliches Rechtssystem, muss das Projekt früher oder später in die Krise geraten. Ebenso ist das grenzüberschreitende Reisen ohne Pass ohne gemeinsamen Küsten- und Grenzschutz nur eine begrenzte Zeit lang zu verwirklichen. Es zeigt sich das Muster einer EU, in der die Neigung angelegt scheint, klare Entscheidungen zugunsten von Kompromissen und

⁶ In der original EU-Version steht hier im biblischen Zitat "vision"

Lösungen zu vermeiden, die nur in guten Zeiten tragfähig sind. Eine solche EU läuft Gefahr, zu zerfallen, wenn der Druck zu groß wird.

Die EU mit ihrem komplexen System der Gewaltenteilung, der doppelten Mehrheitsregel bei bestimmten Entscheidungen und der bei anderen erforderlichen Einstimmigkeit wurde nicht mit den aktuell anstehenden geopolitischen und weltwirtschaftlichen Krisen im Blick konzipiert. Ursprünglich sollte sie Aufgaben übernehmen wie die Aushandlung von Handelsabkommen, die Umsetzung von Regeln für den fairen Wettbewerb, die Durchführung einer Gemeinsamen Agrarpolitik und die Verteilung von Strukturfonds. Derzeit wirkt die EU überfordert mit der Bewältigung der Folgen globaler und regionaler militärischer Konflikte, den Schwierigkeiten der wirksamen Koordinierung ihrer makroökonomischen Politik und dem Umgang mit humanitären Krisen innerhalb ihrer eigenen Grenzen. Nimmt man dazu noch die jüngsten Terroranschläge in Paris und Belgien, den („gefrorenen“) Krieg in der Ukraine, lange Schlangen vor den Suppenküchen Athens, den an der türkischen Küste angespülten Leichnam eines toten Flüchtlingskindes, die verbreitete Stimmung gegen Islam und Zuwanderung sowie die hohe Jugendarbeitslosigkeit, zeigt sich deutlich, warum die EU für viele ihrer Bürgerinnen und Bürger ihre Anziehungskraft verloren hat und warum die Rufe nach einer Renationalisierung der Politik und mehr nationaler Souveränität immer lauter werden.

Dem Europa der Gegenwart fehlt es an einer Vision und an Hoffnung, es ist geprägt von wachsender Angst. Die Angst vor Arbeitslosigkeit, zukünftig sinkenden Renten, Klimawandel, Terrorismus, Konflikten an den Grenzen, Migrantinnen und Migranten und Flüchtlingen, Verlust der eigenen Identität und Kultur nimmt im alltäglichen Denken immer breiteren Raum ein. Viele Menschen empfinden sich selbst als machtlos, als Opfer von Prozessen, die sie nicht steuern können. Die gegenwärtige Situation und herrschende Stimmungslage bedrohen die Werte, auf denen die EU aufbaut: Frieden, Solidarität, Einheit in Vielfalt, Demokratie, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Religionsfreiheit und ökologische Nachhaltigkeit. Sollte die EU zerfallen, könnten auch die gemeinsamen Werte, auf die sie sich stützt, in Gefahr geraten. Deshalb ist es keineswegs überspitzt, angesichts der aktuellen fundamentalen Herausforderungen, vor denen das Projekt der europäischen Zusammenarbeit steht, von einem Kairos-Moment – also einer „Stunde der Wahrheit“ – für die Zukunft Europas zu sprechen.

VIII. Die EU am Scheideweg

Kairos-Momente und Krisen bergen Gefahren, aber auch Chancen für das Beschreiten neuer Wege. Die gegenwärtige Situation ist ernst, bietet aber die Chance, die EU neu zu denken. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig, bewusst auf die Sorgen und Beschwerden, die viele Menschen bezüglich der EU haben, zu hören. Sie hat keine Zukunft, wenn das zunehmende Empfinden ignoriert wird, dass die Entwicklung einer gemeinsamen Politik in der EU sich mit dem Wunsch nach nationaler Souveränität nur schwer vereinbaren lässt. Kann man die Menschen nicht davon überzeugen, dass die Aufgabe eines Teils der Souveränität eine wirksamere Politik zur Bewältigung globaler Fragen ermöglichen kann, wird die EU nicht überleben. Kann man die Menschen nicht überzeugen, dass in einer immer stärker globalisierten Welt selbst die großen

europäischen Staaten zu klein sind, um Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft sowie soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu beeinflussen und wirksam für Menschenrechte und Menschenwürde einzutreten, hat die EU, wie wir sie kennen, keine Zukunft. Kann nicht überzeugend deutlich gemacht werden, dass es den Menschen in einer Organisation wie der EU alles in allem materiell wie immateriell besser geht, verliert sie ihre Daseinsberechtigung. Schafft es die EU nicht, ihre Entscheidungsprozesse transparenter zu gestalten, bleibt sie angreifbar für den Vorwurf, undemokratisch zu sein. Fühlen sich die Menschen von der gemeinsamen EU-Politik zu wenig ernst und in die Mitbestimmung genommen und einbezogen, wird die EU auch weiterhin für ihre Bürger nicht attraktiv genug sein. Identifizieren sich die Menschen nicht ausreichend mit der EU, werden sie sich schlussendlich von ihr abwenden.

Die derzeitigen Krisen bieten die Chance, die europäischen Entscheidungsmechanismen nachzujustieren. Nicht alles muss „in Brüssel“ passieren, aber was dort entschieden wird, muss demokratisch legitimiert sein. Es geht, sowohl auf der europäischen wie der nationalen Ebene, darum, auf das zu hören, was die Menschen tatsächlich wollen. Offensichtlich gibt es, unabhängig von allen Versuchen, politisch Profit zu schlagen, weit verbreitete Zweifel an der Arbeitsweise der EU. Die Menschen verstehen nicht, wie die EU funktioniert, die Wählerinnen und Wähler haben nicht das Gefühl, ernstgenommen zu werden und mitbestimmen zu können – entsprechend leicht können Ergebnisse als unzulänglich kritisiert werden. Transparenz und das Hören auf die Bevölkerung sind entscheidend für die Zukunft der EU.

Ein weiteres bedeutendes Thema ist die Anerkennung und Achtung der Vielfalt. Europa war von Anfang an nie homogen (christlich) und auch das Europa der Zukunft wird pluralistisch sein. In der Vergangenheit trug der Islam zur Prägung der Kultur bei, insbesondere auf der Iberischen Halbinsel und in Teilen des Balkans. Über die letzten Jahrzehnte haben Immigrationswellen den Islam und andere Religionen in viele Regionen Europas gebracht. Gleichzeitig ist besonders im Westen und Norden Europas ein zunehmender Säkularisierungstrend festzustellen. In manchen Teilen Europas geht die Entwicklung in Richtung größerer Einheit, aber die Vielfalt bleibt Charakteristikum der Identität des Kontinents. Diese Vielfalt der Kulturen, Traditionen und religiösen Identitäten muss respektiert, gepflegt, ja ausdrücklich als wesentlicher Wert geschätzt werden, damit die EU eine Zukunft hat. Zum „Superstaat“ wird sie in absehbarer Zukunft nicht werden, sofern dies überhaupt erstrebenswert sein sollte. Ein Europa aber, das von vielfältigen Identitäten geprägt ist und auf ihnen basiert, böte ein gutes Fundament dafür, im Blick auf gemeinsame Probleme auch eine gemeinsame Politik zu entwickeln. Davon würden alle profitieren.

Innerhalb der EU scheint die Ernüchterung über die Entwicklung, die Europa in den letzten Jahren genommen hat, zu wachsen. Als Gegengewicht erstarken nationale und regionale Gefühle. Außerhalb der aktuellen EU-Grenzen jedoch ist die Anziehungskraft einer Gemeinschaft, in der Frieden und relativer Wohlstand herrschen, die Menschenrechte geachtet werden und Rechtsstaatlichkeit gilt, stärker denn je. Man könnte von einem Popularitäts-Paradox sprechen: die EU hat für ihre eigenen Bürger den Charme verloren, die Menschen außerhalb dagegen riskieren Leib und Leben, um hineinzukommen. Das Spektrum reicht von den Protestierenden auf dem Maidan in Kiew, die 2014 mit den zwölf EU-Sternen auf der Armbinde im Kugelhagel starben, über die

vielen Flüchtlinge, die auf seeuntüchtigen Booten versuchen, unsere Küsten zu erreichen, und dabei riskieren, dass sie oder ihre engsten Angehörigen als Leichnam hier ankommen, bis zu jenen, die in Kälte und unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen an den (vorerst) geschlossenen Binnengrenzen des Schengen-Raums ausharren. Nie zuvor war die Sehnsucht, ja die verzweifelte Entschlossenheit, Europa zu erreichen oder in die EU einzureisen, so groß.

IX. Wertegemeinschaft und Suche nach der europäischen Seele

„Glauben Sie mir, Europa wird nicht gelingen, wenn wir uns allein auf juristische Kompetenz und Wirtschaftskraft stützen. Gelingt es uns nicht, Europa eine Seele [...], einen Geist und eine Sinn, dann sind wir gescheitert.“⁷

Jacques Delors

Im Jahr 1990 bekundete der damalige Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Delors, Europa brauche eine Seele. Seither haben sich die Kirchen auf dem Kontinent mit der Frage auseinandergesetzt, was das bedeuten könnte und wie sie zu diesem Bestreben beitragen könnten. Ein Vierteljahrhundert später hat die Aussage Jaques Delors' wiederum große Relevanz. Europa und insbesondere die EU ist mit einer Reihe miteinander verquickter Krisen konfrontiert, die die EU als „Wertegemeinschaft“ vor ernsthafte Herausforderungen stellen. Die Werte, auf denen sie aufbaut – Frieden, Solidarität, Gleichheit, Einheit in Vielfalt, Demokratie, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Freiheit und ökologische Nachhaltigkeit – könnten als Teil einer europäischen Seele verstanden werden. Der 2007 unterzeichnete Vertrag von Lissabon stellt ebenfalls klar, dass die Europäische Union auf gemeinsamen Werten aufbaut. Die Mitgliedskirchen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sehen es seit jeher als eine ihrer Aufgaben an, in der Öffentlichkeit für Werte wie die oben genannten einzutreten, sowohl auf der europäischen wie der nationalstaatlichen Ebene.

Die KEK räumt ein, dass viel getan werden kann und sollte, um die Funktionsweise der Europäischen Union zu verbessern, wir sehen dies jedoch nicht als Begründung für eine grundsätzliche Abkehr von der europäischen Zusammenarbeit, Koordination und gemeinsamen Politik. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass die Lösung der Probleme der EU nicht darin liegt, uns zu isolieren und innerhalb unserer nationalen Grenzen zu verschanzen. Europa hat das in der Vergangenheit versucht, mit katastrophalen Folgen. Weiterbringen wird uns vielmehr die Suche nach Möglichkeiten für ein besseres Funktionieren der EU auf der Grundlage der oben aufgelisteten gemeinsamen Werte. Eine Gemeinschaft stützt sich nicht nur auf Gesetze und Regeln, sondern auch auf Werte. Im Fall der Europäischen Union sind diese Werte nicht ausschließlich christlich, aber sie sind tief verwurzelt in der jüdisch-christlichen Tradition.

Die Betonung der Werte im Vertrag von Lissabon war einer der Gründe, warum die KEK und verschiedene einzelne Kirchen in Europa ihn begrüßt haben. Eine gemeinsame Vision, gemeinsame Ziele und Werte, die über die ökonomische Ebene hinausreichen, sind von grundlegender Bedeutung. Das Streben nach gemeinsamen europäischen Werten weist in der Tat den Weg zu Zielen, die allein durch Wirtschaftswachstum, verstärkten Wettbewerb und institutionelle Reformen nicht erreicht werden können. Werte, mit

⁷ „European Integration – A way forward?“, KEK/CSC, 2009, a. a. O., S. 49.

denen sich alle identifizieren, bringen Enthusiasmus, Vertrauen, Geist und Vision für das europäische Projekt. Gleichzeitig können sie eine Annäherung der EU an ihre Bürgerinnen und Bürger bewirken und außerdem deren Identitätsbewusstsein stärken.

Eine weitere Möglichkeit, die EU ihrer Bevölkerung anzunähern, ist die energische Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips. Subsidiarität – als Entscheidungsfindung auf einer möglichst bürgernahen Ebene – steht nicht im Gegensatz zur Solidarität. Im Gegenteil: Subsidiarität stützt sich auf den Gedanken, dass alle institutionellen Ebenen innerhalb der EU sich auf das konzentrieren sollten, was sie am besten leisten können, auf der Grundlage der Solidarität. Nur ein solcher Ansatz kann Rechenschaftspflicht und Legitimität stärken – zwei Aspekte, die in der Einschätzung vieler Menschen in der EU aktuell Mangelware sind.

X. Die Rolle von Kirchen und KEK in Europa

Der jedem Menschen innewohnende Wert ist für die Kirchen von grundlegender Bedeutung.

Bei der Diskussion darüber, auf welche Werte sich die europäische Gesellschaft insgesamt stützen sollte, steht den Kirchen, vor dem Hintergrund der ambivalenten Rolle, die die Religion in Europa in den vergangenen 2000 Jahren gespielt hat, ein gewisses Maß an Bescheidenheit gut zu Gesicht. Eine ausführlichere Auseinandersetzung mit dieser Rolle würde den Rahmen des vorliegenden Dokuments sprengen, es sollen aber einige in diesem Zusammenhang relevante Schlagwörter genannt werden: Kreuzzüge, Kriege um Religion und zwischen Religionen, Inquisition, patriarchale Strukturen, Hexenverfolgung, Kolonialisierung, Sklavenhandel und Sklaverei, Rassismus und Faschismus.

Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, dass die Kirchen im Lauf der Geschichte in der europäischen Gesellschaft auch eine positive Rolle gespielt haben. Denken wir etwa an ihre pastorale und diakonische Arbeit, die Schaffung und Unterhaltung von Systemen der medizinischen Versorgung, von Krankenhäusern, Schulen und Universitäten. Bisweilen erhoben Kirchen, Christen und Christinnen auch prophetisch ihre Stimme – ein Beispiel ist die Barmer Theologische Erklärung, die sich 1934 gegen die Naziherrschaft und ihren Versuch wandte, in der evangelischen Kirche in Deutschland das Führerprinzip zur Anwendung zu bringen. Häufig stehen die Kirchen zudem im Kampf gegen Rassismus und Militarismus, in der Fürsorge für Flüchtlinge und Asylsuchende, im Ringen um die Überwindung von Armut und Ausgrenzung sowie jüngst auch um ökologische Nachhaltigkeit an vorderster Front. Der jedem Menschen innewohnende Wert ist für die Kirchen von grundlegender Bedeutung. Hierin zeigt sich ihr Verständnis vom Menschen als Ebenbild und Gegenüber Gottes, (Genesis 1,27).

Aus eigener Erfahrung wissen die Kirchen um die Spannungen und Konflikte, die mit Vielfalt einhergehen können. Ihre besten Eigenschaften zeigten Kirchen bei der Überwindung solcher Konflikte, wenn das Gefühl, zueinander zu gehören, stärker war als das Streben nach Uneinigkeit. In diesen Fällen wurde mehr Wert gelegt auf das, was die Kirchen eint, anstatt auf das Trennende. Auf der Grundlage dieser Erfahrung und Überzeugung wagen es die Mitglieder der Konferenz Europäischer Kirchen, das Thema Einheit in Vielfalt auf dem europäischen Kontinent anzusprechen. Gleichzeitig sind wir uns der Tatsache bewusst, dass Europa seine Identität im Bezug auf andere Weltregionen entwickelt. Vor diesem Hintergrund sind die Zusammenarbeit der Kirchen mit dem

Ökumenischen Rat der Kirchen und die Entwicklung von Beziehungen zu regionalen ökumenischen Organisationen in anderen Teilen der Welt von immenser Bedeutung.

XI. **Tätiger Glaube: Diakonie und Koinonia**

In einer Zeit, in der europäische Werte wie Solidarität und Menschenrechte in Gefahr sind, ist es wichtig, dass die Kirchen in Europa durch ihr Tun zeigen, wie solche Werte praktisch verwirklicht werden können. Erklärungen zu Fragen wie der Zukunft Europas sind nur glaubwürdig, wenn die Kirchen selbst versuchen, den Werten zu entsprechen, für die sie eintreten.

Vom Beginn der Kirche an haben Christen und Christinnen ihre sozialen Ziele auf dem Weg der diakonischen Arbeit zu verwirklichen versucht (Eph 6,7; 1.Kor 16,12-18; Phil 2,30). Die Diakonie⁸ ist ein fundamentales Merkmal der Kirche und Leitmotiv ihrer Mission. Sie stützt sich auf Kommunikation und Partizipation, ist auf die Gesellschaft insgesamt sowie auf die grundlegenden ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen gerichtet, die das Leben prägen.

Eine wichtige Funktion der Diakonie ist die Arbeit sowohl mit als auch im Namen von denjenigen, in deren Dienst sie steht. Dazu gehört das Erkennen und Hinterfragen von Unrecht auf allen Ebenen – vor Ort, national und international. Erforderlich ist hierfür der Einsatz gegen die gewaltigen Unterschiede bei Einkommen und Wohlstand, von denen die globalisierte Wirtschaft geprägt ist. Gleichermäßen geht es aber auch um das Eintreten für jene, die aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihres Glaubens, ihrer Behinderung oder ihres Alters ausgegrenzt werden. Die diakonische Arbeit verweist auf die Notwendigkeit, dass alle sich verändern müssen, damit alle in Würde leben können. Die Diakonie hat weiterhin den Auftrag und die Pflicht, sich sämtlichem Unrecht entgegenzustellen. Dies umfasst ein überaus weites Feld, von der unrechten Anwendung von Gewalt bis hin zum Unrecht gegen die Natur und Gottes Schöpfung. Ein solches Handeln wurzelt in den Grundwerten der modernen Kultur und stützt sich auf die grundlegende Überzeugung, dass alle Menschen vor Gott gleich und nach seinem Bilde geschaffen sind.⁹

In der Geschichte der Kirche wurde die christliche Diakonie bzw. der christliche Dienst immer als Beitrag zur Schaffung einer Solidaritätsgemeinschaft im Sinne einer Koinonia von Personen verstanden. (1.Joh 1,7) Sie ist Ausdruck der Fülle des Leibes Christi. Theologisch betrachtet sind Diakonie und Koinonia untrennbar miteinander verbunden. Eine Ortskirche kann sich nur dann in vollem Umfang verwirklichen, wenn sie dienende, diakonische Kirche ist. Der bedeutende Theologe des 20. Jahrhunderts, Dietrich Bonhoeffer (1906-1945), brachte den Gedanken auf den Punkt: „Die Kirche ist nur dann Kirche, wenn sie für andere da ist.“

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, hat bereits mehrfach die Notwendigkeit eines gemeinsamen Zeugnisses in der Zivilgesellschaft betont: Der öffentlichen Theologie und dem öffentlichen Zeugnis müsse in unserer Arbeit viel Aufmerksamkeit

⁸ Das griechische Ursprungswort bedeutet „Dienst“.

⁹ „European Integration – A way forward?“, KEK/CSC, 2009, a. a. O., S. 66.

zukommen.“¹⁰ Diese Position wurde bereits von Erzbischof Michael, dem verstorbenen Metropoliten von Austria, vertreten und auf Europa bezogen. In kritischen Zeiten, so der Metropolit, sollten die Kirchen mehr denn je ihre Werte in die breite Gesellschaft hinein projizieren und die politisch Verantwortlichen ermahnen, den Menschen zu achten, der nach dem Bilde Gottes geschaffen ist. Zu diesem Zweck sollten die Kirchen „in ökumenischer Verantwortung ein gemeinsames christliches und konfessionsüberschreitendes Zeugnis innerhalb Europas“¹¹ ablegen.

XII. Europa: Das gemeinsame Haus

Die europäische Identität hat von jeher auch paradoxe Züge. Einerseits zeigt sich in der Geschichte unseres Kontinents ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl, andererseits ist gleichermaßen deutlich, dass sich seit vielen Jahrhunderten unser gemeinsames Erbe immer in einer großen Vielfalt von Formen, Kulturen und Sprachen manifestiert.

Die KEK-Mitgliedskirchen kommen aus vielfältigen Kulturen und Traditionen. Aus Erfahrung wissen wir, dass es manchmal schwierig ist, mit Unterschieden umzugehen. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass wir keine Angst vor Unterschieden haben sollten und dass „Einheit in Vielfalt“ eine erfolgreiche Formel sein kann, sofern wir uns auf unsere gemeinsamen Anliegen konzentrieren und die verschiedenen Identitäten respektieren, ja als Wert schätzen, indem wir der Vielfalt Raum geben und den Blick auf das richten, was uns eint.

Mit Besorgnis stellt die KEK fest, dass im Europa der Gegenwart die gemeinsamen Werte weniger sichtbar sind. Die EU ist heute an einem Punkt in ihrer Geschichte angelangt, wo ihre Identität als Wertegemeinschaft zu Recht zu hinterfragen ist. Wir brauchen eine neuerliche, intensiver betriebene Gewissensprüfung. Europa braucht mehr als nur einen gemeinsamen Markt. Es muss auch um die Frage der Identität und der sozialen Beziehungen gehen. Ihre Vernachlässigung in den vergangenen Jahren hat die heutige Leere im Herzen Europas verursacht, das seinen Antrieb bezieht aus ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit und Profitstreben, das Studierende und junge Akademikerinnen und Akademiker mit hochkarätigen wissenschaftlichen Abschlüssen ausstattet, dabei aber vergisst, dass es ein höheres Ziel gibt als Erfolg und Profit. Die EU und Europa als Ganzes brauchen eine neuerliche Klärung ihrer Wurzeln und ihrer Ziele. Das Streben nach mehr Souveränität ist verständlich, aber aus der Sicht der KEK sollte Souveränität nicht Eigennutz und das Verschließen der Augen vor den legitimen Bedürfnissen anderer Menschen bedeuten, die Solidarität brauchen. Jenseits der Souveränität wünscht sich die KEK Koinonia als Leitkonzept für die Debatte über die Zukunft Europas. Bei Koinonia steht die Frage im Mittelpunkt, wie echte, auf Miteinanderteilen, Dienst und Solidarität beruhende Gemeinschaften geschaffen werden können.

Selbst in Gemeinschaften, denen der Koinonia-Gedanke zugrunde liegt, gehören Konflikte und unterschiedliche Interessen bisweilen zum Alltag. Setzt sich aber der Geist

¹⁰ Vgl. z. B. die Rede aus Anlass der KEK-Konsultation zum Pilgerweg für Klimagerechtigkeit an der Evangelischen Akademie Villigst in Schwerte (Deutschland) am 15. Oktober 2015.

¹¹ Metropolit Michael von Austria (1946-2011), in: European integration – A way forward?, Church and Society Commission of Conference of European Churches, Brussels, 2009

der Koinonia durch, können solche Interessengegensätze fruchtbar sein, weil sie auf verantwortungsvolle Weise bearbeitet werden. Die kulturelle und politische Vielfalt in Europa sollte nicht notwendigerweise als Bedrohung seiner Einheit gesehen werden, sondern als Schatz und potenzielle Bereicherung. Die Schaffung eines gemeinsamen Europa darf nicht darauf aufbauen, dass ein bestimmter Lebensstil expansionistisch verbreitet oder die Normen eines Teils des Kontinents einem anderen aufgenötigt werden. „Der Prozess der Entwicklung eines gemeinsamen Europa ist sicherlich ein Prozess der Entwicklung eines europäischen Gemeinschaftsgefühls... Dem wahren Wert von ‚Gemeinschaft‘ sollte im europäischen Kontext wieder Bedeutung beigemessen werden. Eine naturgemäße Eigenschaft der ‚Gemeinschaft‘ ist das solidarische Zusammenleben.“¹² „Der biblische Gedanke vielfältiger Identitäten, wie er im Brief des Apostels Paulus an die Römer entfaltet wird, lässt sich, auf die Situation auf unserem Kontinent bezogen, weiterdenken.“¹³ Eine fruchtbare Zusammenarbeit in Europa kann nur gelingen, wenn sie auf Dialog, gegenseitigem Verständnis, der Achtung vor der Geschichte und Kultur der jeweils anderen und auf dem Lernen voneinander aufbaut. Die EU, ja „Europa als Ganzes muss als Wertegemeinschaft deutlich erkennbar bleiben, seine sozialen Konturen schärfen und der Jugend eine Perspektive geben.“¹⁴ Europa muss ein Kontinent „der versöhnten Verschiedenheit sein, der sich seiner weltweiten Verantwortung stellt.“¹⁵

Aus Sicht der KEK muss die EU zukünftig nicht wählen zwischen einem kompletten föderalen System einerseits oder einem Flickenteppich unabhängiger Staaten, die sich innerhalb ihrer eigenen Grenzen verschanzen, andererseits. Jedes Thema und jeder Politikbereich muss für sich bewertet werden, um zu entscheiden, wo „mehr Europa“ oder „weniger Europa“ gebraucht wird. Hauptkriterium einer solchen Bewertung ist die Frage, welche Politik am wirksamsten die Lebensqualität in Europa und der Welt insgesamt verbessern kann. Aus dieser breiteren Perspektive betrachtet, ist eine EU mit mehreren Geschwindigkeiten denkbar. Eine EU *à la carte* hingegen, deren Mitglieder ständig neu entscheiden, ob sie sich jeweils an einer gemeinsamen Politik beteiligen oder nicht, ist nicht wünschenswert und würde nicht funktionieren. Möglich wäre hingegen, dass eine Kerngruppe von Mitgliedsstaaten sich für eine weitere politische Integration entscheidet, die andere Mitglieder ggf. nicht mitvollziehen. So müssen aus unserer Sicht etwa nicht alle Mitgliedsstaaten im Detail politischer Fragen wie etwa der gemeinsamen Währungsunion übereinstimmen. Von entscheidender Bedeutung ist allerdings, dass sich politische Entscheidungen auf die Grundwerte stützen, die die Länder der EU einen. Solche Werte sollten nicht nur für die EU, sondern für Europa als Ganzes gelten.

Zur Bewältigung der aktuellen dringlichen Probleme in Europa und für den Umgang mit den vielfältigen praktischen Aufgaben brauchen wir Vision und Entschlossenheit sowie die Zusammenarbeit aller verfügbaren Kräfte – des öffentlichen und des privaten Sektors, der Politik und der Zivilgesellschaft sowie auch der Kirchen und anderer, die ihr Glaube oder ihre Überzeugung motiviert. Zusammenarbeit und Dialog sind in diesem Zusammenhang wesentliche Prinzipien. Damit unser Dialog nicht beim

¹² KEK/CSC, „Churches in the Process of European Integration“, Brüssel, 2001, S. 14.

¹³ Ebd., S. 15.

¹⁴ Erklärung des EKD-Rates zur Lage Europas, Brüssel, 23. April 2016, a. a. O.

¹⁵ Ebd.

kulturellen Austausch allein stehenbleibt, erinnerte der Ökumenische Patriarch Bartholomäus bei seinem Besuch im Europaparlament die politisch Verantwortlichen in der Europäischen Union wie auch die Öffentlichkeit allgemein, dass ein tieferes Verständnis erforderlich sei „von der absoluten Interdependenz – nicht nur von Staaten und politischen wie wirtschaftlichen Akteuren – sondern der Interdependenz jedes einzelnen Menschen mit jedem anderen Menschen.“¹⁶

Für die KEK ist entscheidend, sich, als Bürger wie als Kirchen, für Frieden mit Gerechtigkeit in Europa einzusetzen. Zu erreichen ist dieses Ziel nur, wenn wir mit vereinten Kräften daran arbeiten. Der gemeinsame politische Prozess auf der Grundlage gemeinsamer Grundwerte, für den sich viele Kirchen und ihre Mitglieder einsetzen, muss auch weiterhin seinen Zweck erfüllen – die fruchtbare Pflege der Beziehungen zwischen interdependenten Staaten mit dem Ziel, in Europa und in der Welt das Gemeinwohl zu fördern. Die Kirchen in Europa mit ihrer breiten Mitgliederbasis und ihren ökumenischen Strukturen sind gut positioniert, um die Menschen zum Engagement für ein gemeinsames europäisches Haus zu ermutigen, das auf dem Fundament gemeinsamer Werte ruht.

Bei der ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung 1989 in Basel spielte der Gedanke des „gemeinsamen europäischen Hauses“ eine wichtige Rolle. Die Versammlung formulierte eine Art „Hausregeln“ für dieses Haus:

- das Prinzip der Gleichheit aller Bewohner, seien sie stark oder schwach,
- die Anerkennung von Werten wie Freiheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Solidarität und Partizipation,
- eine positive Einstellung gegenüber Anhängern verschiedener Religionen, Kulturen und Weltanschauungen,
- Konfliktlösung durch Dialog und nicht durch Gewalt.

Die KEK ist der Überzeugung, dass diese Worte auch für die heutige Situation Europas noch von großer Bedeutung sind. Sie inspirieren uns weiterhin, als Vision einerseits, andererseits als dringlicher Arbeitsauftrag für die Bürgerinnen und Bürger wie auch die politisch Verantwortlichen auf unserem Kontinent.

Europa braucht sowohl eine Vision als auch ein klares Bekenntnis zu unseren Wurzeln. Die EU muss den Menschen, die in ihr leben, ein Haus bieten, wo sie einen Ort und wo sie auch Raum haben. Hier könnte die Unterscheidung hilfreich sein, die der ehemalige Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, formuliert hat:

Ein „Ort“ bietet Schutz, Stabilität und Zugehörigkeit. Er ist ein „Heim“, wo sich Menschen zuhause fühlen können. Ein „Raum“ wiederum eröffnet Bewegungsfreiheit und Chancen. Da geht es um Richtung, Geschwindigkeit und Zeit. Als Menschen brauchen wir beides. Einen Raum, damit wir fliegen können, und ein Nest, das uns

¹⁶ Ökumenischer Patriarch Bartholomäus, Ansprache im Europäischen Parlament, Brüssel, 24. September 2008 (in englischer Sprache).

*gehört. Wir sind sehr einfache Geschöpfe! In Europa lag der Fokus immer auf dem Raum.*¹⁷

Die Europäische Union kann als Hoffnungsträgerin nicht überleben, wenn das Gesetz des Marktes ihr einziges Leitprinzip darstellt. Wir müssen den Geist wiedergewinnen, der die Gründungsväter inspiriert hat – einschließlich der Werte Versöhnung, Vergebung, Solidarität und Menschenwürde samt der gleichen Achtung aller Menschen. Die vielfältigen Krisen, mit denen Europa aktuell konfrontiert ist, haben nicht dasselbe Ausmaß wie die nach dem Zweiten Weltkrieg und doch scheinen widerstreitende Interessen eine wirksame gemeinsame Bewältigung lahmzulegen. Eine Gesellschaft, die keine Gemeinschaft ist, zerfällt. Wir rufen alle Menschen guten Willens, unabhängig von ihrem Glauben oder ihrer Weltanschauung, auf, mitzuarbeiten an der Überwindung untergeordneter Differenzen und bereit zu sein, das Wohl des Kontinents insgesamt – derjenigen, die schon lange hier leben, wie auch derjenigen, die neu dazukommen – über die Interessen einzelner Bereiche zu stellen sowie allen Mitmenschen der Würde entsprechend zu begegnen, die ihnen als Ebenbildern Gottes zu eigen ist.

XIII. **Unser Aufruf**

Auf der Grundlage einer Bewertung der aktuellen Herausforderungen, mit denen die Menschen in Europa konfrontiert sind, im Geist der Charta Oecumenica sowie als Reaktion auf den Aufruf zu einem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens durch den Ökumenischen Rat der Kirchen hat der Vorstand der KEK folgendes beschlossen. Er

- richtet diesen offenen Brief zur Situation auf dem Kontinent an die Kirchen in Europa, der seine Vision von Europa im Blick auf die EU skizziert und seine Besorgnis bezüglich der Zukunft dieses historischen europäischen Projektes angesichts der derzeitigen Umstände darlegt.
- bekräftigt sein Verständnis von der EU als Wertegemeinschaft, die Menschenwürde, Frieden, Versöhnung, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, die Achtung der Menschenrechte, Solidarität und Nachhaltigkeit anstrebt.
- ermutigt die KEK-Mitgliedskirchen und alle Christen und Christinnen in Europa, ihre Anstrengungen zu verstärken, damit solche christlichen Werte wie die Achtung anderer Menschen, Solidarität, Diakonie und der Aufbau von Gemeinschaft im öffentlichen Leben stärker sichtbar werden.
- ruft die Kirchen in Europa auf, die Zukunft unseres Kontinents, die Rolle der Europäischen Union und unsere Vision von gemeinsamen Werten eingehend zu diskutieren.

Der Vorstand der KEK lädt die Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen der KEK ein, zu diesem offenen Brief Stellung zu nehmen. Angesichts der konkreten Situation in

¹⁷ Herman van Rompuy, Ansprache aus Anlass der Eröffnung des neuen KEK-Hauptsitzes in Brüssel, 4. Dezember 2014 (in englischer Sprache).

unterschiedlichen Teilen des Kontinents laden wir die Kirchen ein, im Vorfeld der nächsten KEK-Vollversammlung 2018 an einem partizipatorischen Konsultationsprozess mitzuwirken. Ihre Rückmeldungen zu Ihren konkreten Erfahrungen und Sorgen im Blick auf das europäische Projekt nehmen wir dankbar auf. Ebenso dankbar nehmen wir Ihre Gedanken zur Rolle der Kirchen zu diesem historischen Zeitpunkt und bei der Gestaltung einer Vision vom europäischen Haus sowie die Fragen auf, die sich für Sie aus dieser Diskussion ergeben. Schließlich können die Kirchen **bis Ende Dezember 2016** auch Ihre diesbezüglichen Erwartungen an die KEK formulieren.

ANHANG: Grundwerte der Europäischen Union¹⁸

Artikel 2

Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.

Artikel 3

(1) Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern.

(2) Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem – in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität – der freie Personenverkehr gewährleistet ist.

(3) Die Union [...] bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten. Sie wahrt den Reichtum ihrer kulturellen und sprachlichen Vielfalt und sorgt für den Schutz und die Entwicklung des kulturellen Erbes Europas.

(5) In ihren Beziehungen zur übrigen Welt schützt und fördert die Union ihre Werte und Interessen und trägt zum Schutz ihrer Bürgerinnen und Bürger bei. Sie leistet einen Beitrag zu Frieden, Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern, zu freiem und gerechtem Handel, zur Beseitigung der Armut und zum Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Rechte des Kindes, sowie zur strikten Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts, insbesondere zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen.

¹⁸ „Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union...“, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:12012M/TXT&from=EN>